

# Einschränkung des Natur- und Umweltschutzes in Baden-Württemberg

<b>Datenbasis:</b>	1.010 Baden-Württemberger/-innen ab 18 Jahre
<b>Erhebungszeitraum:</b>	15. Januar bis 5. Februar 2026
<b>Statistische Fehlertoleranz:</b>	+/- 3 Prozentpunkte
<b>Auftraggeber:</b>	NABU Baden-Württemberg e.V./BUND Baden-Württemberg e.V.

Eine Mehrheit der Befragten (64 %) lehnt es ab, den Umwelt- und Naturschutz in Baden-Württemberg zugunsten des Wirtschaftswachstums einzuschränken. Knapp ein Drittel (31 %) ist hingegen der Auffassung, dass der Umwelt- und Naturschutz von politischer Seite zugunsten des Wirtschaftswachstums eingeschränkt werden sollte.

Am ehesten sprechen sich die Bewohner kleinerer Städte (mit weniger als 5.000 Einwohnern) sowie die Anhänger der AfD für Einschränkungen des Umwelt- und Naturschutzes zugunsten des Wirtschaftswachstums aus.

Eine Ablehnung solcher Einschränkungen äußern insbesondere die Anhänger der Grünen, der SPD und der Linkspartei.

## Einschränkungen des Umwelt- und Naturschutzes zugunsten des Wirtschaftswachstums?

Der Umwelt- und Naturschutz in Baden-Württemberg sollte von Seiten der Politik zugunsten des Wirtschaftswachstums eingeschränkt werden

	ja %	nein %
insgesamt	31	64
Stuttgart	32	64
Karlsruhe	29	66
Freiburg	26	67
Tübingen	31	66
Männer	37	59
Frauen	24	69
18- bis 29-Jährige	25	70
30- bis 44-Jährige	32	65
45- bis 59-Jährige	36	58
60 Jahre und älter	28	65
Ortsgröße (Einwohner):		
unter 5.000	43	49
5.000 bis unter 20.000	29	67
20.000 bis unter 100.000	29	65
100.000 und mehr	24	72
Anhänger der: *		
Grüne	17	79
CDU	39	57
SPD	16	79
Linke	11	78
AfD	51	46

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

\* Ausweisung nur bei hinreichender Fallzahl

10. Februar 2026  
f26.0007/45722 Le